



Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redacteur: N. Hilscher.

**Uebersicht der Nachrichten.**

Landtags-Angelegenheiten. Schreiben aus Berlin (Tagesneuigkeiten, Staatsausgaben), Danzig, Posen, von der Ems (die westphäl. Ständeversammlung) und aus Saarbrücken (deutschkath. Gemeinde). — Schreiben aus Leipzig (die deutschkatholische Gemeinde) und Kassel. — Schreiben aus Wien. — Aus Warschau. Schreiben aus Paris. — Aus London (die Maynooth-Bill). — Aus der Schweiz (Note der preuß. Regierung). — Schreiben von der italien. Grenze und aus Rom. — Aus Konstantinopel. — Aus Amerika.

**Landtags-Angelegenheiten.**

Provinz Schlesien.

50ste Plenar-Sitzung den 9. April. Nach der Erledigung mehrerer allgemeiner Gegenstände erfolgte der Bericht über die Landtags-Bibliothek. Auf Grund desselben wurde

- 1) die Mehr-Ausgabe von 155 Rtl. 20 Sgr. 9 Pf. nachträglich genehmigt und
- 2) die Summe von 250 Rtl. bewilligt, deren Verwendung wie bisher erfolgen soll;
- 3) die Oberaufsicht der Bibliothek dem Abgeordneten der Ritterschaft, Herrn Geheimrath Steinbeck, die unmittelbare Aufsicht dem Landtags-Registrator, Herrn Rächner, beiden gemeinschaftlich aber der Ankauf der nöthigen Bücher übertragen.

Der Herr Landtags-Marschall ordnete hierauf den Vortrag des Referats über den Bau des Ständehauses an. Da dieser Angelegenheit bisher nur beiläufig in den öffentl. Berichten erwähnt worden ist, so erfolgt nunmehr nach der Erledigung der betreffenden Verhandlungen ein Resumé über den gegenwärtigen Stand derselben.

Aus dem in der 30sten Plenarsitzung vorgetragenen Bericht des vom 7ten Landtage erwählten Comité's zum Bau des Ständehauses, so wie aus dem Referat des mit dieser Angelegenheit anbetrauten Ausschusses des gegenwärtigen Landtages hatte sich ergeben, daß von den, zur Zeit des 7ten Landtages in der Provinz gezeichneten freiwilligen Beiträgen von beiläufig 62,000 Rtl. nur 45,000 Rtl. baar eingegangen waren, von den Resten aber nur der Eingang des kleinern Theiles mit Sicherheit zu erwarten steht.

Da die Geldmittel zur Ausführung des Baues erschöpft waren, so sah sich der Comité genöthigt von der ihm vom 7ten Landtage erteilten Vollmacht, ein hypothekarisches Darlehn bis zur Höhe von 40,000 Rtl. auf das Haus aufzunehmen, theilweise Gebrauch zu machen, indem er von der königl. Seehandlung ein Kapital von 10,000 Rtl. à 4% auf 8 Monate lieh, welches im Monat August dieses Jahres zur Rückzahlung fällig wird. Gegenwärtig sind die Fonds zum Weiterbau völlig erschöpft und es stellt sich für den gegenwärtigen Landtag die Aufgabe zu berathen:

in welcher Art der Bau vollendet und das nöthige Geld zum Weiterbau beschafft werden soll.

Aus der sicherste Weg zur Beibringung der nöthigen Mittel wurde die Ausschreibung von Seiten des Landtages, unter Voraussetzung Allerhöchster Bewilligung angesehen, wozu ein Theil der Versammlung den Landtag für eben so berechtigt, als bei anderen ständischen Angelegenheiten, z. B. bei dem Frenz-, Taubstummen u. Wesen hielt. Von der anderen Seite wurde diese Bewilligung in Zweifel gestellt, auch hinzugefügt, daß diese Maßregel in der Provinz nicht günstig aufgenommen werden würde.

Die deshalb gestellte Frage:

sollen die zum Bau des Ständehauses nöthigen Beiträge unter Berücksichtigung der bereits geleisteten Zahlungen ausgeschrieben werden?

erhielt bei der Abstimmung nur 52 bejahende gegen 32 verneinende Stimmen, also nicht die hier zur Vorlage für Sr. Majestät den König erforderliche Majorität von  $\frac{2}{3}$  der Stimmen.

Dagegen wurde der Beschluß gefaßt, einen nochmaligen Aufruf zur Zeichnung freiwilliger Beiträge in der Provinz ergehen zu lassen und den Herrn Landtags-Commissarius mit dem Ersuchen um Mitwirkung und Beirath von der Sachlage in Kenntniß zu setzen.

Nachdem die anwesenden Mitglieder des ständischen

Comité's für den Bau des Ständehauses ihre Vollmacht der Versammlung zurückerstattet und um Rechnungs-Decharge gebeten hatten, sprach der Landtag seinen Dank für die Aufopferung und Mühwaltung des Comité's für diesen Zweck übereinstimmend aus. Es wurde hierauf von dem Herrn Landtags-Marschall unter Vorhitz des Herrn Fürsten Haxfeldt ein interimistisches Comité für diese Angelegenheit ernannt.

In der 37sten und 38sten Plenarsitzung wurde diese Angelegenheit nochmals in Berathung gezogen.

Da nach dem Vortrage des Comité's zunächst Mittel zu beschaffen sind, um die bereits eingegangenen Verpflichtungen gegen die Handwerker u. zu erfüllen und das Gebäude unter Dach zu bringen, so erkannte der Landtag es der Würde der Provinz angemessen, daß diese Verpflichtungen erfüllt werden. Es sind dieselben zweierlei Art:

- 1) in Bezug auf diejenigen, welche von dem Comité, in Folge des ihm erteilten Auftrages und Vollmacht eingegangen werden mußten;
- 2) gegen diejenigen, welche die freiwilligen Beiträge geleistet haben.

Der Landtag beschloß demnach:

die eingegangenen noch nicht abgewickelten schriftlichen Kontrakte mit Hinzurechnung der drei vorbehaltenen Remunerationen innerhalb des vom 7ten Provinzial-Landtage genehmigten Credits von 40,000 Rthlr. zu erfüllen und den Bau so weit fortzuführen als es unumgänglich zur Erhaltung des Gebäudes notwendig ist.

Nachdem die Möglichkeit hervorgehoben worden war, daß durch Gewährung eines Darlehns von Seiten Sr. Majestät des Königs, durch reichlichere Zeichnungen freiwilliger Beiträge oder durch Actien, dennoch die Mittel zur Vollendung des Baues würden beschafft werden können, wurde die Frage:

Soll der zu erwählende Ausschuss ermächtigt werden, nicht nur den oben gefaßten Beschluß auszuführen, sondern auch den Bau zu vollenden, wenn ausreichende freiwillige Beiträge eingehen?

überwiegend bejaht.

Die Schwierigkeiten, welche bereits dem vom 7ten Landtage erwählten Comité sich bezüglich der Aufnahme eines hypothekarischen Darlehns auf das Ständehaus dargeboten hatten, indem ohne persönliche Garantie ein solches nicht hätte beschafft werden können, wurden bei der Erwägung, auf welche Weise die Mittel zur Ausführung des vorgelegten Beschlusses im Fall ungenügender freiwilliger Zeichnungen aufzubringen sein würden, nochmals hervorgehoben. Es wurde vorgeschlagen:

Se. Majestät den König um ein verzinsliches Darlehn aus Staatsmitteln allerunterthänigst zu bitten und zwar nach Höhe des ganzen Bedarfs für den vollständigen Ausbau des Ständehauses, indem es jedenfalls vorzuziehen sei mit Contrahierung einer höhern Schuld ein Nutzungen gewährendes Gebäude herzustellen, als zwar eine geringere Schuld zu übernehmen, dagegen auf alle Nutzungen zu verzichten.

Obwohl dieser Vorschlag namhaften Anklang fand, so wurde doch angeführt, daß jedenfalls der Bericht der Behörden erforderlich sein werde, ehe die Allerhöchste Entscheidung statifände. In Erwägung der wohlwollenden Gesinnung, welche sich in dem Erwiderungsschreiben des Herrn Landtags-Commissarius auf die in der 30sten Sitzung beschlossene Darstellung für die Fördererung des Unternehmens ausgesprochen hatte; in Betracht, daß aus der mit sehr bedeutenden disponiblen Fonds ausgestatteten Institutens-Hauptkasse der Regierung zu Breslau vielleicht um so eher ein Darlehn erreicht werden könnte, wenn nächst dem Zweck für den Provinzial-Landtag die übrigen disponiblen Räume für andere öffentliche provinzielle Zwecke bestimmt würden, wurde der Beschluß gefaßt:

den Herrn Landtags-Commissarius zu ersuchen, Mittel und Wege an die Hand zu geben, um die Abbürdung der übernommenen Verpflichtungen in Betreff des Baues des Ständehauses, wie sie der obige Beschluß festgestellt, zu bewirken, ehe durch freiwillige Beiträge dies definitiv geschehen kann, und sodann auch beschloßen:

den nochmaligen Aufruf zur Leistung freiwilliger Beiträge für den Ständehausbau von Seiten des Landtages zu erlassen.

In der 50sten Plenarsitzung wurde das Referat des Ausschusses für die Fortsetzung des Ständehausbaues vorgetragen. Der Referent theilte der Versammlung diejenigen Fragmente, welche zur Abstimmung gelangen würden, mit, und der Landtag einigte sich vorher in der Bestimmung, daß alle Fragen, welche innere Angelegenheiten des Landtages betreffen, mit einfacher, die aber zur Allerhöchsten Entscheidung gelangten, mit der Majorität von  $\frac{2}{3}$  entschieden werden müßten.

Der Herr Landtagsmarschall zeigte der Versammlung an, daß auf sein Gesuch der Herr Chef der Seehandlung sich bereit erklärt habe, die aus den Fonds dieses Instituts vorgeliehenen 10,000 Rthlr. vor dem nächsten Landtage nicht zurückzufordern, jedoch auch nicht geneigt sei, ein ferneres Darlehn zu gewähren.

Die erste Frage des Ausschusses:

soll der zu wählende Comité mit dem Herrn Chef der Seehandlung wegen Verlängerung der Frist zur Rückzahlung der für den Bau des Ständehauses vorgeliehenen 10,000 Rthlr. und auf nachzusuchende Verstärkung dieses Darlehns bis auf das Maximum von 40,000 Rthlr. unter, dem Comité angemessen erscheinender Feststellung hinsichtlich der Zurückzahlungs-Modalitäten im Fall der Bewilligung eines solchen Darlehns zu unterhandeln und abzuschließen berechtigt sein?

wurde überwiegend bejaht.

Die zweite Frage:

soll der Comité befugt sein, falls die Seehandlung auf das eben angedeutete Geschäft nur unter der Bedingung vollständigen Ausbaues des Ständehauses eingeht, diese Bedingung einzuräumen?

wurde ebenfalls überwiegend bejaht.

Drittens wurde die Frage gestellt:

soll der Beurtheilung des Comité's anheimgestellt bleiben, ob ein vollständiges Ausführen des Baues innerhalb der dazu von dem 7ten schlesischen Landtage bewilligten Summe von 100,000 Rthlr. dem Interesse der Provinz angemessener, als bloße conservirende Maßregeln erscheinen und soll, wenn der Comité das erstere befände, derselbe mit dem Vollenden des Baues voranschreiten, vorausgesetzt, daß solches ohne Ausschreiben zwangsweiser Beiträge geschieht?

Auch diese Frage wurde überwiegend bejaht.

4) Die vorstehend aufgeführten Fragen beruhen zum Theil auf unsichern Erwartungen, welche mehr oder weniger unerfüllt bleiben können. Daher war der Ausschuss der Ansicht, daß, da der Herr Landtags-Commissarius seine Mitwirkung wohlwollend und gütig zugesichert hat, eine Adresse an Se. Majestät den König zu richten sei, in welcher die Sachlage nach dem Referat mitgetheilt und unterthänigst gebeten werden soll:

die zu dem fraglichen Zweck erforderlichen Fonds zu bewilligen, wogegen die Stände bereit sein würden, in dem Hause vorhandene bedeutende für die Zwecke des Landtages entbehrliche Räume anderweitigen provinziellen Instituten im Wege diesfälliger näherer Uebereinkünfte zu überlassen, da den Ständen bekannt sei, daß für dergleichen Institute (wie namentlich das Provinzial-Archiv und die Provinzial-Bauschule) neue Lokale Bedürfnis wären?

Auch die vierte Frage des Ausschusses wurde überwiegend bejaht.

Die fünfte Frage:

soll der Comité befugt sein, nach Maßgabe Allerhöchster Resolution, wenn dieselbe eine Gnadenbewilligung herbeiführt, das Weitere nach seinem Ermessen definitiv zu reguliren, sofern daraus keine Veräußerung des Hauses und kein Ausschreiben von Zwangsbeiträgen folgt?

wurde überwiegend bejaht, ebenso die folgende 6te Frage: soll die Ermittlung dem Landtage entbehrlicher Lokale in dem Ständehause, so wie deren miethweise Ueberlassung einerseits, ingleichen die Maßregel wegen Beaufsichtigung und innerer Verwaltung des Hauses nicht minder die Verfügung über



Wintarsfort ist übrigens bis jetzt das einzig vollendete. Selbst das Adalbertsfort, welches die Schleusenwerke beherrscht, vermöge deren alle Festungswerke dieser Seite von Wasser umgeben werden können und wovon uns die Warte bei ihrer letzten Ueberschwemmung ein Beispiel gab, ist noch nicht bis ins letzte Detail vollendet. Am Reformatsfort ist gleichfalls noch Manches zu bauen und Fort St. Roche so wie das Berliner Fort sind nur noch in Anfängen vorhanden. Weiter vorgeschritten und äußerlich ziemlich vollendet steht das Wilda- fort mit seinen seltsamen und wohl nutzlosen Thürmen da, ist aber noch nicht bezogen. Jetzt haben überall wieder die Arbeiten begonnen, nachdem der lange Winter sie unterbrochen hatte. Aber eine volle Beendigung der Bauten ist wohl kaum vor 1848 zu erwarten, da noch der größte Theil der Außenwerke kaum begonnen ist. — Aus russisch-Polen kommen uns wohl täglich, aber stets verworrene Nachrichten zu. Alle sind nur Variationen der bekannten traurigen Themata: große Noth unter dem Volk, Untersuchungen in den gebildeten Klassen, Bedrückungen durch die Beamten, besonders aber Darniederliegen alles Fabrikwesens. Am schlimmsten sind die Juden daran, und die neuen Grenz- und Schmuggel-Inquisitionen häufen gewiß neues Elend über sie.

Von der Ems. (Westf. M.) Unserer westfälischen Ständeversammlung haben mehr als 450 Anträge und Petitionen vorgelegen, worunter viele die Aufmerksamkeit unserer Provinz in einem hohen Grade beschäftigten, und von denen die wichtigsten gerade in den letzten Sitzungen erledigt wurden. Wegen dieser Wichtigkeit ist denn auch die Spannung auf die Veröffentlichung der betreffenden Verhandlungen allgemein und um so größer, je weiter sich die Veröffentlichung hinauschiebt. Denn seit dem im Westf. Merkur vom 5. April mitgetheilten Bericht über die siebzehnte, am 13. März gehaltene Plenarsitzung, also seit mehr als zwei Wochen, ist kein weiterer Bericht uns mitgetheilt worden.

Saarbrücken, 18. April. (S. J.) Im Gefolge einer gestern stattgefundenen Versammlung von Katholiken hat sich auch hier eine deutsch-katholische Gemeinde gebildet, welche bereits einige dreißig Mitglieder zählt, die theils über die Konstituierung aufgenommene protokollarische Verhandlung wirklich unterzeichnet, theils sich zur Unterzeichnung angemeldet haben. Angenommen wurden einstimmig die auf dem Concil in Leipzig festgestellten allgemeinen Glaubenslehren.

**Deutschland.**

\* Leipzig, 21. April. — Gestern feierte die hiesige deutsch-katholische Gemeinde zum ersten Mal ihren Gottesdienst vor einem größern Publikum. Nach Verweigerung der Aula hatte die Conzertdirection den großen und schönen Konzertsaal im Gewandhause bereitwillig und unentgeltlich hergegeben und dort wurde also der Gottesdienst abgehalten. Etwa 1000 Menschen nahmen außer der Gemeinde daran Theil und höchst erfreulich war der Eindruck des Ganzen insofern, als die große Zahl der bloß Neugierigen, die bei derartigen Gelegenheiten niemals fehlen, bald, von der Feier ergriffen, anhängliche Theilnehmer waren. Auch viele Römisch-Katholische, Fremde und Einheimische waren gegenwärtig und bekannten zum Schluß, daß sie doch eine ganz andere Idee von der Sache erhalten hätten, als bisher. Besonders merkwürdig war diese Erklärung von einer der gebräutesten Damen unserer Stadt, die bisher einen wirklichen Abscheu vor dem Neuerer hatte oder zu haben meinte. Vor einigen Tagen hat die Gemeinde endlich auch Antwort auf ihre Bitte um Einräumung einer Kirche zum Osterfeste erhalten; sie war abschlägig. Das Ministerium nahm von öffentlichen Blättern Veranlassung, diese Antwort zu geben, indem es zugleich erklärte, die Sache sei eigentlich durch die Antworten des Rathes und der Kreisdirection abgemacht, aber beide Behörden hatten nur erklärt, sie könnten — oder wollten? — in der Sache nicht entscheiden und hätten also an die höhere Behörde Bericht erstattet. Auf die Petitionen, die von den Stadtverordneten, wie von einer sehr großen Anzahl hiesiger Einwohner dem Rathe übergeben wurden und ebenfalls auf Bewilligung einer Kirche antrugen, ist ebenfalls noch keine Antwort erfolgt. Wie sie indessen ausfällt, ist nicht zweifelhaft. Merkwürdig ist nur, daß der hiesige Stadtrath nach der Ministerialentscheidung keine Kirche bewilligen darf, während der Stadtrath zu Annaberg eine bewilligt hat und deshalb gar nicht angefochten wird. — Pfingsten werden die sächsischen deutsch-katholischen Gemeinden die erste Provinzial-Synode in Dresden halten, um sich über die Gemeindeverfassung u. s. w. zu einigen und dem Ministerium resp. dem Landtage vollkommen gleiche Unterlagen zu geben, damit man nicht in möglichen kleinen Abweichungen den willkommnen Vorwand fände, die Sache hinaus zu schieben und etwa gar das Zustandekommen des Einführungsgesetzes zu verhindern. Kerbler ist nunmehr in Dresden fest angestellt, jedoch mit der Verpflichtung, alle übrigen Gemeinden gleichermaßen zu versorgen, bis dieselben Geistlichen gewonnen haben. Heute hat Kerbler eine Reise nach Braunschweig, Hilbesheim, Elberfeld und Offenbach angetreten, wo er allenthalben Gottesdienste halten und zugleich die Verbrüderung enger zu schließen gedenkt; erst Pfingsten wird er hierher zurückkehren. Die Leipziger Gemeinde

hat an den geistlichen Rath, Dr. Schreiber, sich gewendet und ihm die Stelle eines Seelforgers angetragen. Kassel, 15. April. (S. M.) Sämmtlichen hiesigen Buchhandlungen war von der Polizeidirection am Jahreschlusse aufgegeben worden, ein vollständiges Verzeichniß der bei ihnen bestellten ausländischen Journale und Zeitschriften nebst Angabe der Empfänger einzureichen. Da sie diese Verfügung als mit dem Wesen ihres Geschäftes unverträglich dargestellt hatten, so ist von der Polizeibehörde ihnen eröffnet worden, daß sie vorerst von einer Namhaftmachung der Abonnenten der Zeitschriften abstrahiren wollen, wenn die Buchhändler sich verbindlich machen würden, sämtliche Exemplare einer vorkommenden Falls in Beschlag zu nehmenden Zeitschrift alsbald an die Polizeibehörde abzuliefern und bios bei bereits geschehener Ausgabe einzelner Exemplare deren Empfänger namhaft zu machen, um die Polizei in den Stand zu setzen, sie von diesen zu verlangen. Die hiesigen Buchhandlungen haben hierauf gemeinsam erklärt, daß sie sich verpflichten wollen, vorkommenden Falls sämtliche in Kassel angelangte Exemplare der Polizeibehörde zu verschaffen und die bereits ausgegebenen Exemplare von den Empfängern zurückzufordern. Sie sprachen jedoch die Erwartung aus, daß in solchen Fällen ihnen vergönnt werde, diejenigen Hefte oder Blätter einer auf ihrem Lager befindlichen Zeitschrift, welche ein politisches Verbot oder eine Beschlagnahme treffen soll, unter den Augen eines Polizeibeamten alsbald an die auswärtigen Verleger wieder zurückzusenden oder doch für diese von Seiten der Polizeibehörde eine Empfangs- quittung über die in Beschlag genommenen Hefte oder Blätter zu ihrer Legitimation bei der Abrechnung aus- gefertigt zu erhalten. Seit dieser Erklärung ist weiter keine polizeiliche Mittheilung an sie erfolgt.

**Oesterreich.**

† Wien, 22. April. — Die diesjährige Conscriptio hat bereits begonnen, und fordert, da bekanntlich in diesem Jahre 3 Stellungen entlassen werden, die gegen frühere Jahre verhältnißmäßig bedeutende Zahl von 44,266 Rekruten, in den deutsch conscribirten Provinzen. Hiervon kommen 17991 Mann auf Rechnung des diesjährigen, durch Entlassung der im Jahre 1831 und 1832 gestellten Mannschaft, entstehenden Ausfalles und haben zu jener Summe zu stellen: das Königreich Galizien 13,956 Mann, Böhmen 12,126 Mann, Mähren und Schlesien 6277 Mann, Ober- und Niederösterreich 5898 Mann und Syrien sammt Inner-Oesterreich 6007 Mann.

**Russisches Reich.**

Warschau, 19. April. (Wost. B.) Die Dinge, die jetzt Deutschland bewegen, kommen hier gar nicht zur Kenntniß. Nur in den wenigen Circeln, wo ungestrichene Zeitungen zu haben sind, wird darüber mit einigem Interesse gesprochen. So hat man selbst eine Sammlung für Ronge veranstalten wollen; es ist aber nichts daraus geworden. Die Regierung würde es gewiß begünstigen; aber der Polen Interesse verlangt, daß sie den Papst nicht aufgeben.

**Frankreich.**

\* Paris, 19. April. — Der König ist gestern von dem Schlosse von Eu in den Tuilerien wieder angelangt. Am Abend hatte ein Ministererath unter dem Vorsitze Sr. Majestät statt. — Es sollen zu den zehn in der letzten Zeit ernannten Pairs nächstens noch fünf und dreißig kommen; bis jetzt sind unter dem Ministerium vom 29. October 36 Pairs creirt worden. — Das letzte überlebende Mitglied des ehemaligen Parlaments von Paris, Chevalier v. Mouchy, ist, 85 Jahre alt, am 15. April zu Compiegne mit Tode abgegangen. — Der Herzog von Broglie und der Doctor Lushington sind einig geworden über eine Convention zur Unterdrückung des Negerhandels (mit Beiseitigung des Durchsuchungsrechts); im Prinzip ist entschieden, daß England und Frankreich eine Escadre an der afrikanischen Küste unterhalten sollen; die Zahl der englischen und der französischen Schiffe wird gleich sein; die französische Station wird nie schwächer sein, als eine Fregatte und fünf leichte Fahrzeuge; Herr von Broglie wird den Entwurf zu dieser Convention nach Paris bringen; die Ratification soll noch vor dem Schluß der Kammeression erfolgen. — Die Frage in Betreff der Jesuiten-Anstalten, die sich in Frankreich im Widerspruche mit den bestehenden Gesetzen gebildet hätten, soll, wie es heißt, demnächst in der Deputirtenkammer förmlich in Anregung gebracht werden. — Die Opposition wird sich vereinigen und Herrn Martin du Nord interpelliren, was er in dieser Sache zu thun gedenke. Das Dasein der Jesuiten ist jetzt amtlich constatirt, und dennoch hat der Justizminister öffentlich ausgesprochen, daß er sich nicht entschließen könne, die Gesetze, welche die Ausweisung der Jesuiten betreffen, in Anwendung zu bringen, weil er dadurch die ganze Geisteslichkeit gegen sich aufbringen würde. So weit ist es also hier gekommen, daß der verdeckte Strom der geräuschlos wirkenden Jesuiten bereits die Gesetze verschlungen hat, während unsere sogenannte Unabhängigkeit durch leere Worte in den Kammern wirkt. Der Courier français glaubt, die Regierung begünstige die Jesuiten, und spricht von den Vorkerkern um Paris zur Unterdrückung der politischen Freiheit, während die Jesuiten in ganz Frankreich die religiöse untergraben.

Ignatius von Loyola und die Kanonen der Pariser Forts würden die Unabhängigkeit Frankreichs bald zum Traumbilde machen. — Seit einigen Tagen bemerkt man einen lebhaften Courierwechsel zwischen Paris und London.

Man vernimmt, daß General Delarue sich bei Abschließung des Grenzvertrags mit Marokko als äußerst gewandter Unterhändler gezeigt und bedeutende politische und commerciale Vortheile errungen hat. Einer derselben soll sogar Anlaß zu einer Note des englischen Kabinetts gegeben haben, welches sich darüber beschwert, daß in diesem Vertrage stets von einem „Königreiche Algier“ gesprochen werde. Dieser Ausdruck ist wirklich in dem ganzen Documente beibehalten und gilt nun als eine förmliche Anerkennung des Bestehens eines christlichen Staates in Afrika durch den Kaiser von Marokko, so daß die zunächst Beteiligten, der türkische Sultan und der Bey von Tunis, mit der Zeit wohl auch dasselbe thun werden müssen.

**Großbritannien.**

London, 19. April Morgens. (B. P.) Gestern endlich ist die Debatte über die zweite Verlesung der Maynooth-Bill im Unterhause zu Ende gebracht worden. Es wurde die zweite Verlesung mit 323 gegen 176, also mit einer Majorität von 147 Stimmen genehmigt. Auch die gestrige Debatte, wie alle vorhergehenden, wurde durch die Einbringung einer Anzahl von Petitionen gegen die Bill eingeleitet, denen nur sehr wenige Petitionen für die Bill zur Begleitung dienten. Das Interesse der gestrigen Discussion concentrirte sich in den am Schlusse derselben gehaltenen Reden von Lord John Russell und Sir Robert Peel. Lord John Russell sagte u. a.: Wahrheit, Freiheit und Recht reden der Bill das Wort, und die protestantischen Dissenters sollten nicht vergessen, daß auch sie noch vor nicht gar langer Zeit ihre Ansprüche auf Befreiung von den auf ihnen lastenden politischen Disqualifikationen nur der Berücksichtigung jener drei Grundprincipien von Seiten des Parlaments zu verdanken gehabt haben. Aus diesem Grunde können auch ihn (Lord J. R.) nicht etwaige Rücksichten auf das Interesse seiner Partei, nicht die Gewissheit, daß das irische Volk für die vorliegende Maßregel nur dem Ministerium dankbar sein werde und nicht den Whigs, durch deren Unterstützung den Ministern allein der Sieg gelingen könne, veranlassen, anders zu stimmen, als er erklärt habe. Ueberhaupt würde er sich lieber ganz in das Privatleben zurückziehen, als dem Lande dadurch Schaden zufügen, daß er gegen eine Maßregel stimmte, welche er als dem Wohle desselben zuträglich betrachte. (Hört!) Uebrigens sei er weit davon entfernt, in dieser Bill den Schlüsselstein der Maßregeln zu erblicken, welche Irland von dem Parlamente und der Regierung mit Recht erwarten dürfe, vielmehr werde er, nach Annahme dieser Bill, baldmöglichst den Versuch machen, Irland insbesondere von den Uebeln zu befreien, welche die monströse Stellung der herrschenden Kirche ihm bereite. Nach einer längeren Rede und einer kurzen Abfertigung der Einwürfe der Hochkirchensmänner kam Sir Robert zuletzt auf die günstigen Resultate zurück, welche die gute Aufnahme der Bill in Irland verspricht und schloß im Wesentlichen mit folgenden, unter den gegenwärtigen Umständen nicht bedeutungslosen Worten: „Ich vertheidige die Maßregel nicht aus Gründen vertragsmäßiger Verpflichtung; ich vertheidige sie, weil ich sie für eine weise und gerechte Maßregel halte und für bei weitem besser, als ein Beharren bei dem gegenwärtigen Systeme. Ich erkläre Sie für verantwortlich, für die Ruhe von Irland. Ich erkläre, ohne Bedenken, daß Sie verpflichtet sind, den suchtbaren Bund zu vernichten, der in jenem Lande gegen die britische Herrschaft und gegen die Verbindung mit Großbritannien besteht. Ich glaube nicht, daß Sie diesen Bund durch Gewalt sprengen können. Sie können Vieles dazu beitragen, ihn zu sprengen, wenn Sie in dem Geiste der Güte, der Nachsicht und der Hochherzigkeit handeln. Und ich glaube, daß es von wesentlicher Nothwendigkeit ist, jenen Bund zu vernichten, wenn eine wohlgeordnete Regierung in Irland bestehen, wenn die Verbindung zwischen den beiden Ländern erhalten und die Macht und Würde des Vereinigten Königreichs unverletzt behauptet werden soll. Einer der Redner, welche gestern gesprochen haben, hat es für wahrheitlich erklärt, daß im Falle die Thatkraft unseres Vaterlandes aufzubieten nöthig werden sollte, zum Schutze für seine Rechte und Interessen, meinen Händen diese Aufgabe übertragen werden würde. Wolle Gott ein so großes Unheil, wie ein Krieg wäre, verhüten. Wolle Gott verhüten, daß diese Zeit des allgemeinen Friedens auf eine so schreckliche Weise getrübt würde! Sollte das aber doch geschehen, sollt der Krieg eintreten, so bezweifle ich, in Betracht der vorliegenden Umstände sehr, ob nicht die Aufrothhaltung unserer Ehre und Interessen andern Händen als den meinigen übertragen sein wird. Aber wenn sie auch anvertraut werden mag, ich werde meinen Platz an seiner Seite nehmen, und ihn auf jede mir zu Gebot stehende Weise in einer so gerechten und ehrenwerthen Sache unterstützen. Und sollte dann das Unglück eines Krieges uns treffen, so hoffe ich allen Ernstes, daß wenn es eintritt, es das Volk dieses Landes vereinigt finden wird in

loyaler Gesinnung für den Thron und dem festen Entschlusse, die Gesamt-Interessen zu vertheidigen, daß jeder Puls in dem mächtigen Körper in Eintracht schlägt und Irland gewappnet uns kräftig zur Seite steht. Dann, der gerechten Sache vertrauend, vertrauend in die Kraft und Ausdauer aller Theile des Reiches, werde ich mit vollkommener Beruhigung dem Erfolge entgegensehen, überzeugt, daß die Thatkraft eines einzigen Volkes der gerechten Sache einen glänzenden Sieg sichern wird.“ Nach diesen mit donnerndem Beifall aufgenommenen Schlussworten des Ministers erfolgte die oben mitgetheilte Abstimmung zu Gunsten der zweiten Verlesung der Bill. Sir Robert Peel stellte darauf den Antrag, daß das Haus sich am 21. zur Comités der Mittel und Wege constituiren solle, um über den Antrag, daß der Beitrag zu dem Maynooth-Seminar aus dem consolidirten Fond, d. h. aus dem Staatschätze, bestritten werde, zu beraten.

Das Dublin Freeman's Journal, welches in die Geheimnisse der Whig-Politik eingeweiht zu sein pflegt, glaubt, ungeachtet der bis jetzt günstigen Aussichten für das Ministerium, daß doch aller Wahrscheinlichkeit nach die Maynooth-Bill Peel's Sturz verursachen wird. (N. vergl. die Andeutung des Premierministers selbst in seiner oben mitgetheilten Schlussrede.)

In einer Versammlung des Dubliner Staatsraths zeigte der Lordmayor an, daß er sich, von Amtswegen, bei dem Lord-Lieutenant erkundigt, ob die Königin Irland in diesem Sommer zu besuchen gedächte? Es sei ihm darauf geantwortet worden, daß Sir Robert Peel in einem Schreiben sich für die große Wahrscheinlichkeit dieser Reise ausgesprochen, es solle der Minister indeß sofort um eine genaue desfallsige Erklärung ersucht werden. In der Erwartung eines günstigen Bescheides beschloßen die Rathsherren, der Lordmayor solle nach London reisen, und Ihrer Majestät die Bitte des Staatsraths, ein Diner desselben anzunehmen, vorzutragen.

In dem Börsenbericht des Globe heißt es: Die in Berlin gemachten Anstalten versprechen von einiger Wichtigkeit zu werden. Das sogenannte industrielle Parlament hat dort seine Versammlungen gehalten, und die Frage wegen des Zollausschlages auf Leinwand und Twiste ist eifrig verhandelt worden. Im Allgemeinen waren die Mitglieder für eine Erhöhung, da die Aufhebung des Zolles auf die in England eingeführte Baumwolle sie beunruhigt hat; so furchtsam und verwundbar sind eure beschützten Monopolisten. Inzwischen ist es erfreulich wahrzunehmen, daß wenigstens einige der Mitglieder einen Begriff von der, den Verbrauchern dadurch auferlegten Ungerechtigkeit haben. Die Frage wird indeß von der General-Conferenz des Zollvereins in Karlsruhe verhandelt werden.

Wir lesen im Morning-Herald eine Mittheilung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an Kloy, daß vom 1. Juni an, einer Verordnung der türkischen Regierung zufolge, alle diejenigen Handelsschiffe, welche nach Sonnenuntergang die Dardanellenstraße zu passieren versuchen würden, von den Dardanellen aus beschossen werden sollen.

### Schweiz.

Durch Kreis Schreiben vom 17. April theilt der Vortritt sämmtlichen Ständen eine an diesem Tage dem Bundespräsidenten von dem preussischen Gesandten Graf Wplich und Lotum übergebene Note der preussischen Regierung mit. Sie lautet wie folgt: Berlin, 11. April 1845. Herr Graf! Sie kennen das Urtheil des königl. Cabinets über die wichtigen Ereignisse, welche seit einigen Monaten die Ruhe der Schweiz so tief erschüttert haben. Dieses Urtheil stimmt ganz überein mit dem der andern Mächte, die, wie wir, auf die Gefahren aufmerksam sind, welchen die traurige Wendung der Geschäfte der Eidgenossenschaft mehr und mehr sowohl die innere Lage als die internationalen Verhältnisse des helvetischen Staatenbundes auszusetzen scheint. Haben wir uns dessen ungeachtet enthalten, uns durch einen förmlichen Schritt den Aeußerungen anzuschließen, welche die Höfe von London, Paris, Wien und St. Petersburg nach einander in Bezug auf diesen Gegenstand an den Vortritt gelangen ließen, so geschah es nur aus dem Grunde, weil wir einerseits überzeugt waren, daß Ihr Benehmen und Ihre Sprache, Herr Graf, keinen Zweifel über die Ansichten unseres Hofes zulassen könnten, und weil wir andererseits hoffen zu dürfen glauben, die eidgenössische Tagsatzung werde ein für alle Mal eine der ersten Quellen unserer Besorgnisse zu heben wissen, nämlich einen mit aller regelmäßigen gesetzlichen Ordnung unverträglichen, und die Eidgenossenschaft stets fort mit Anarchie und Auflösung bedrohenden Mißbrauch. Aber diese Hoffnung wurde getäuscht, der Beschluß der Tagsatzung über die Freischaren blieb ein tochter Buchstabe. Trog der in diesem Beschlusse erklärten Ungefährlichkeit und unter den Augen der Behörden selbst, führen bewaffnete Banden fort sich zu organisiren und haben es gewagt, ein neues u. gefährliches Attentat auszuführen, mit dem eingestandenem Zwecke des Umsturzes einer rechtmäßigen Regierung eines bundesgenössischen Staates, welchem doch der Bundesverband zum Schilde gegen Angriffe hätte dienen sollen, welche die öffentliche Meinung Europa's längst mit energischer und einstimmiger Verwerfung ge-

brandmarkt hat. Die von Ihnen über diese beklagenswerthen Ereignisse an uns erstatteten Berichte haben uns aufs Tiefste betrübt. Hat auch die Vorsehung nicht gestattet, daß ein so frevelhaftes Unternehmen mit Erfolg gekrönt worden, so ist dessenungeachtet die Krise, in welche die Eidgenossenschaft in Folge dieser heftigen Erschütterung gestürzt worden, unglücklicherweise nur zu sehr geeignet, mehr als je allen wahren Freunden der Schweiz die ernstesten Besorgnisse über die Zukunft dieses Landes einzuslößen. Bei so schweren und traurigen Verwickelungen ist die außerordentliche Tagsatzung auf's Neue nach Zürich geladen, wo sie berufen sein wird, sich über die wirksamsten Mittel zur Herstellung des inneren Friedens und der gesetzlichen Ordnung in der Schweiz auf feste Grundlagen zu beraten. Wir wollen hoffen, die Versammlung werde, durchdrungen von dem Gefühl der ungeheuren ihr obliegenden Verantwortlichkeit, ihre hohe und schwierige Aufgabe mit Festigkeit und in versöhnlichem und wahrhaft eidgenössischem Sinne zu erfüllen wissen. Von ihr wird es abhängen, der Schweiz und Europa zu beweisen, daß der Bundesvertrag von 1815 noch aufrecht steht inmitten so vieler Gefahren und Erschütterungen. Durch diesen Bundesvertrag sind die 22 souverainen und unabhängigen Kantone der Schweiz vereinigt zu einem politischen Körper, welcher von Europa als integrierender Theil des Staatensystems anerkannt ist und welchem allein die Wohlthaten der Unverletzlichkeit und immerwährenden Neutralität durch die Mächte garantiert sind. Somit, Herr Graf, ist es unmöglich, die traurigen und unberechenbaren Folgen zu verkennen, welche die Vernichtung dieses Bundesvertrages nicht nur in den innern, sondern auch in den internationalen Verhältnissen der Schweiz nach sich ziehen müßte. Indem die Regierung des Königs die Beachtung dieser Folgen der ernstesten Aufmerksamkeit der Eidgenossenschaft in einem vielleicht für deren Schicksal entscheidenden Momente empfiehlt, ist dieselbe weit entfernt, sich in die innern Verhältnisse der Schweiz einzumischen oder ihre Unabhängigkeit zu verkennen, die sie vielmehr achtet und immer geachtet hat. Ganz einverstanden mit den andern Mächten erfüllt damit die königl. Regierung bloß eine Pflicht, die ihr auferlegt ist einerseits durch die feste und uneigennützig Freundschaft, welche der König, unser erhabener Herr, für die Schweiz hegt, und den aufrichtigen Antheil, den Sr. Maj. am Wohle dieses Landes nimmt, andererseits durch die Mitwirkung Preußens bei den Staatsverhandlungen von 1815, welche die von der Eidgenossenschaft im europäischen Staatensystem einzunehmende Stellung bestimmt und festgesetzt haben. Ich erlaube Sie, Herr Graf, gegenwärtige Despesche dem Herrn Tagsatzungspräsidenten mitzutheilen und seiner Excellenz Abschrift davon zu lassen. Empfangen Sie ic. Bülow.

Bern. (N. Schw. 3.) Dienstag den 15. April haben sich in unserer sonst friedlichen Stadt mehrere bedauerliche Vorfälle militärischer Zuchtlosigkeit ereignet. Ein Luzerner Regenschirmhändler wurde von einer Truppe der in hiesiger Stadt einquartirten Soldaten mißhandelt, sein Kramladen verwüstet u. s. w. Als der Platzcommandant, Oberstlieutenant Kohler von Büren, dem Unfug wehren wollte, wurde er von den Soldaten ausgelacht und war froh, mit heiler Haut abzugehen. Ein paar Luzerner Schweinehändler mußten von der Mannschaft der Hauptwache vor Mißhandlung geschützt werden.

Aus der nördlichen Schweiz, 17. April. — Der Luzerner große Rath beschloß am 12., daß alle Kantonsbürger, die am Freischarenzuge Theil nahmen, nach den gemöhnlichen Criminals oder Kriegsgefangenen beurtheilt werden sollen, die Anführer aber nach dem Freischaren-Gesetz zu behandeln seien. Er beschloß ferner daß alle junge Leute unter 20 Jahren und ebenso alle Nichtkantonsbürger nach vorheriger Unterhandlung mit ihren Regierungen, die ersteren gegen Ersatz von drei Schweizer-Franken per Tag Gefangenschaft zur Entschädigung der Staatskasse für die ihnen zu Theil gewordene scheußliche Behandlung und wahre Hungerkost freigelassen werden sollen; für die letzteren wird ein noch höheres Lösegeld verlangt, indem dabei die Kriegskosten in Berechnung gezogen werden. Nicht nur die Gefangenen, auch ein Schlachten-Maler, der mit seiner Mappe den Zug aus Liebe zur Kunst mitmachte, der sechszigjährige Professor Belliger, welcher nie eine Waffe in die Hand bekam, wurde, obschon ganz unschuldig, gefangen und mißhandelt, ihm seine reiche Kleidung bis aufs Hemd vom Leibe gerissen und ihm dafür die zerrißenen Kleider eines Kuhhirten gegeben, womit er kaum noch dürftig seine Blöße bedecken konnte. Auf solche Weise ist es natürlich, daß die gefangenen Freischaren aus lauter zerlumptem Gesindel bestehen müssen, nachdem bei ihrer Gefangensetzung eine solche Metamorphose mit ihnen vorging. Wenn Etwas geeignet ist, der katholischen Sache, für welche die Luzerner zu kämpfen behaupteten, Gegner in der Schweiz zu erwecken, so ist es dieses schauerhafte rohe Verfahren der übermüthigen Sieger, und vielleicht ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo eine helvetisch-katholische Kirche austritt, welche ungehemmt von den freikännigen Regierungen in den liberalen Kantonen sich constituiren und eine Katastrophe herbeiführen

kann, welche — wenn auch unblutig — doch dem Papstthum eine so empfindliche Niederlage beibringen wird, daß der Luzerner Sieg nicht dafür trösten kann. — Den 18. April. In der letzten eidgenöss. Tagsatzungs-Sitzung kam die Jesuitenfrage nicht zur Verhandlung, obwohl bereits von Vertagung der Versammlung gesprochen und solche auch auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es ist nun rein nichts mehr für die Radikalen zu hoffen, da sie von den auf die Sessel gehobenen Führern ihrer Partei verlassen wurden und diese bloß so lange opponirten, bis ihr Zweck erreicht war und sie sich nun der sogen. gemäßigten Partei, den Conservativen, angeschlossen.

### Italien.

† Von der italienischen Gränze, 18. April. Mehrere Emissaire des italienischen Geheimbundes sollen demalen auf Corsika in Thätigkeit sein, um eine Anzahl Banditen zu einer neuen Expedition gegen ihr Vaterland anzuwerben.

Rom, 12. April. (N. 3.) Gestern Vormittag fuhr Graf Rossi, Pair von Frankreich, in großem Galaszug nach dem Vatican, wo er von dem Papst in einer förmlichen Audienz empfangen wurde, um die Creditive zu überreichen, durch welche er bei dem heil. Stuhl als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister von Frankreich, während der Abwesenheit des Botschafters, ernannt ist. Wie man hört, ist er vom Papst mit dessen befannter Leutseligkeit empfangen worden. — Die Ansichten der Kirche in Betreff des Handbuchs des Hrn. Dupin stimmen mit jenen des Cardinals Bonald und mehrerer anderer französischer Bischöfe überein: das Buch ward von der Inquisition als verdammungswürdig in den Index verurtheilt.

### Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 27. März. (N. 3.) Die Ausbreitung der katholischen Missionäre aus den kaukasischen Provinzen erfolgte auf eine so harte Weise, daß ich die Mittheilung einiger näheren Umstände nicht vorenthalten will. Es war gerade am Neujahrstag, als zwei Karren, umgeben von einer Anzahl Kosaken, mit Lanzen, Flinten und Pistolen bewaffnet, vor der Pforte des Klosters in Tiflis anhielten. Einige Polizeibeamte mit mehreren Polizeidienern traten in das Kloster und befohlen den Mönchen, die Wagen zu besteigen. Das Gerücht davon verbreitete sich schnell durch die Stadt, und eine Menge Volk kam herbei in gespannter Erwartung des Ausgangs harrend. Die Missionäre gehorchten nicht sogleich dem Befehle, sie wollten nur der Gewalt weichen. Sie gingen in die Kirche und knieten betend am Hochaltar nieder. Die Polizeibeamten warteten; da sie aber nach einer halben Stunde sahen, daß die Mönche noch keine Miene machten aufzubrechen, so erinnerte sie dieselben, daß es Zeit sei, die Reise anzutreten. Die Mönche antworteten, sie könnten und würden nie freiwillig den ihnen von ihren geistlichen Obern anvertrauten Posten verlassen. Ein Polizeibeamter hinterbrachte dies dem Gouverneur, General Gurko, der Befehl ertheilte die Missionäre aus der Kirche auf die Wagen zu bringen. Und so geschah es. Unter dem Weinen und Schluchzen des sich um sie drängenden und ihnen Hände und Kleider küssenden Volkes wurden sie auf die Karren geschleppt und weiter escortirt. Viele vom Volk folgten ihnen noch stundenweit außerhalb Tiflis. Auf ähnliche, nur noch strengere Weise verfuhr man (immer nach Versicherung der Missionäre, der wir hier allein folgen können) mit den zu Gori befindlichen Missionären. Der Gouverneur ließ ebenfalls zwei Karren mit einem Geleite von bewaffneten Kosaken vor das Kloster führen. Um Niemand mehr einzulassen, stellte er Wachen an die Pforte. Dann ging er selbst mit dem Oberst Dunin, mit dem Polizeichef und mehreren Unterbeamten und Dienern in das Kloster und jagte zuerst das Volk hinaus, das theils betend um den am Altar stehenden Priester Emanuel versammelt war, theils bei dem andern Missionär Pater Bernard eben seine Beichte verrichtete. Darauf befohl er dem Pater Emanuel, seine priesterlichen Gewänder abzulegen, und als dieser nicht gehorchte, so ließ er ihm durch das Polizeipersonal die priesterlichen Kleider vom Leibe reißen, dann wurden beide Missionäre auf der Stelle auf die Wagen geschleppt und weiter gebracht. In Kutais ließ der Gouverneur den dortigen Missionär in sein eigenes Haus rufen, und von dort sogleich auf einen Wagen bringen, ohne ihm zu erlauben, auch nur das Unentbehrlichste noch zur Reise mitzunehmen. Wie gesagt, geschah dies Anfang Januars in Mitte des strengsten kaukasischen Winters. Man wählte den schlechtesten Weg über Ursurghietti, über steile Berge, bedeckt mit Eis und Schnee, über Stellen wo oft jeder Tritt ihr Leben in Gefahr setzte. Und waren sie den Tag hindurch fast erfroren, so sperrte man sie Nachts in schlechte Hütten, wo sie in Gesellschaft von Vieh die erstarrten Glieder auf den nackten Boden ausstrecken mußten. Nach einer viertägigen Reise gelangten sie endlich über die Grenze auf türkisches Gebiet, um, wie sich der mir vorliegende Bericht ausdrückt, bei den Moslem das Asyl und die Gastfreundschaft zu finden, die ihnen von moskowitzischen Christen mitten im strengsten Winter und ungeachtet ihrer dringendsten Bitten verweigert worden war.

Konstantinopel, 2. April. (D. N. Z.) Gleich als ich die Proklamation der Pforte über die Errichtung von Provinzialständen mittheilte, habe ich bemerkt, daß an dieser an und für sich vortrefflichen Maßregel anzusehen sei, daß die Abgeordneten von den Gouverneurs und nicht von dem Volke selbst gewählt werden sollen und daß sie hierdurch mehr das Echo der Gouverneurs als die Organe des Volks zur Darlegung seiner wahren Bedürfnisse würden. Die Wichtigkeit dieser unserer Ansicht hat sich bereits durch die Praxis bestätigt. Nach Briefen aus Erzerum hat der Pascha einen Kadi, verzusetzen wegen der Käuflichkeit seines Urtheils, und einen armenischen Wechsler, allgemein verhaßt wegen seiner unchristlichen Buchergeschäfte, Beide ihm ergebene Individuen, zu Abgeordneten der Provinz Erzerum bestimmt. In Salonichi hat der Pascha hierzu zwei reiche Notabeln gewählt, welche weder das Vertrauen der Türken noch der Christen besitzen. Die Gemeinden haben hiergegen protestirt und verlangt, daß hierzu ehrenwerthe Personen aus der Klasse der Gewerbetreibenden bestimmt würden, welche die Bedürfnisse des Landes und die Leiden des Volks besser kennen und in Konstantinopel zu vertreten wüßten als jene Geldbesitzer, die nur auf ihr eignes Wohl bedacht wären.

**Amerika.**

Newyork, 6. März. — Nachdem Präsident Tyler in seiner letzten Botschaft im vorigen Dec. dem Congress mitgetheilt hatte, daß seine Bemühungen, eine Verlängerung der Ratificationstfrist des Tractats mit dem Zollvereine zu erlangen, ohne Erfolg gewesen wären, übergab Preußen durch seinen Geschäftsträger eine Note, worin die preussische Regierung nicht allein für sich in eine Verlängerung des Ratificationstermins willigte, sondern sich auch verpflichtete, die Zustimmung der andern Zollvereinsstaaten dazu zu verschaffen. Präsident Tyler sendete darauf den Tractat von neuem an den Senat, welcher denselben an den Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten überwies, wo er jedoch unberücksichtigt liegen blieb. Ich hatte mir bis jetzt immer noch geschmeichelt, daß derselbe in Kraft treten würde, kann aber, nachdem ich mich genau danach erkundigt habe, nicht mehr darauf vertrauen. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ist jetzt gegen den Tractat.

**Miscellen.**

Friedrich II., der Große, sagt in seinen hinterlassenen Schriften: „der Papst und die Mönche werden ohne Zweifel ein Ende nehmen. — Man wird dem Papste eine Pension aussetzen und die kathol. Mächte werden keinen Statthalter Christi mehr anerkennen;

jede wird in ihrem Lande einen Patriarchen ernennen und National-Concilien zusammenberufen. Da, wo die meisten Klöster und Mönche sind, ist das Volk am dümmsten. — Jede Regierung, die sich zur Säkularisation entschließt, wird die Philosophen lieben und die Schriften verbreiten, welche Volksaberglauben und falschen Religions-eifer schildern. Nichts ist mehr werth, als Ruhe der Seele, das höchste Gut, welches die Menschen auf Erden genießen können; wir wissen aber, welche Verbrechen aus dem Religions-Fanatismus entspringen. So lange Fürsten theologische Fesseln tragen, wird das Licht der Wahrheit die Völker nicht erleuchten; die Weisen wirken im Stillen, Frömmel erregen furchtbare Stürme gegen „die Ungläubigen“. Betrachtet man die Religion aus dem Gesichtspunkte der Staatsklugheit, so ist die protestantische (d. h. eine von Rom unabhängige rein-christliche) den Republiken und Monarchen am angemessensten; sie verträgt sich am besten mit dem Geiste der Freiheit, welche das Wesen der Ersteren ausmacht und in Monarchien ist sie, da sie von Niemanden abhängt, ganz der Regierung unterworfen. Die römisch-katholische Religion dagegen bildet in dem weltlichen Staate der Fürsten einen allmächtigen, geistlichen, durch Complotte furchtbaren Staat. Ihre Priester, welche das Gewissen beherrschen und nur den Papst als Oberherrn anerkennen, haben mehr Herrschaft über das Volk, als dessen Regent und durch eine geschickte Vermengung der Sache Gottes, mit dem Ehrgeize der Menschen, haben die Päpste mit den Fürsten oft über Dinge zu kämpfen gewußt, welche durchaus nicht in das Gebiet der Kirche gehören.“ Wenn auch diese Aeußerung von Friedrich dem Großen nicht in aller Beziehung eine Anwendung auf die Jetztzeit erleidet, so ergiebt sich doch jetzt schon Vieles in der katholischen Kirche, was als eine Ausführung der Meinung von Friedrich II. anzusehen ist und verdient gewiß alle Beherzigung.

Rom Niederrhein, 17. April. — Bei der neu einzurichtenden Messe in der allgemein-christlichen Kirche dürfte es schädlich sein, mit dem deutschen (landsüblichen) Worte auch wieder die frühere Stellung des Priesters zur Gemeinde einzuführen, wie sie bis ins vierzehnte Jahrhundert hinauf gewesen ist, wie sie sich in der griechischen Kirche wie in der griechisch-russischen Kirche bis heutigen Tag erhalten hat. Der Priester las nämlich stets die Messe, hinter dem Altar stehend, dem Volke, welches den Altar (im Osten der Kirche) anschaute, das Antlitz zuwendend, richtete sich bloß in einzelnen Augenblicken gegen Osten und trat da, wo er sich jetzt in der römischen Kirche umwendet, um den Altar herum, dicht vor die Gemeinde, zur Lesung des Evangeliums und Er-

theilung des Segens. Erst, als in der Kirche die großen Altarbilder und später die großen geschmacklosen Altäre aufkamen, als sich der Sinn für die ursprüngliche Baukunst des Chors verlor, als es unmöglich wurde, den Priester hinter dem Altare zu sehen, kam der unanständige Gebrauch auf, mit dem Rücken gegen die Gemeinde Messe zu lesen. Da nun in der Kirche sowohl der Sinn für die ursprüngliche Baukunst erwacht ist, als das Gefühl für die Reinheit und Schicklichkeit des Gottesdienstes sich täglich mehr ausbildet, so steht es zu erwarten, daß wenigstens die allgemeine Gemeinde auch wieder die ursprüngliche Art der Messe einführen werde.

Zu den schaudererregenden Scenen, welche der andauernde Winter in Böhmen veranlaßte, dürfte auch der unerhörte Fall zu zählen sein, daß 25 Schulkinder, in ihr entferntes Dorf vom Unterrichte zurückkehrend und den Weg verfehrend, auf offenem Felde erfroren. Nach vielem Nachsuchen fand man diese armen Geschöpfe, leblos zusammengekauert, so wie in einiger Entfernung die Leichen zweier Menschen, welche ihnen entgegengeeil und gleichfalls durch den Frost umgekommen waren.

Hannover, 18. April. — Der Schauspieler Döring, der seit anderthalb Jahren um seine Entlassung nachsucht, hat dieselbe endlich erhalten; wie man hört, stehen auch noch andere Verluste, namentlich für die Oper, bevor.

Weimar, 19. April. — Von dem Großherzoge wurde heute dem um die griechische Sprache, wie um die Sprachforschung überhaupt, sehr verdienten Oberbibliothekar, geb. Hofrath Dr. Kiemer allhier (ein Schlesier), das Ritterkreuz des großherzogl. Hausordens vom weißen Falken verliehen.

Paris. Auf dem Bilde „die Wegnahme der Smalah“, von Horace Vernet, befindet sich in dem Schlachtgetümmel die Figur eines fliehenden Juden, der mit seinen Schätzen davonläuft. Diese Figur, die allen Besuchern der Ausstellung auffällt, ist das getreue Portrait eines bekannten jüdischen Millionärs, der sich von Horace Vernet portraituren lassen wollte, aber den Preis von 4000 Fres. zu hoch fand. Er wollte handeln; da verlangte der Maler 6000, dann 8000 Fr. und zuletzt wies er ihm die Thüre mit den Worten: „Seien Sie ganz unbesorgt, ich werde Sie umsonst malen und Sie sollen ihre Freude daran haben.“ Horace Vernet hat nach Künstlerart Wort gehalten.

Kopenhagen, 17. April. — Das Kattegat ist noch immer mit Eis so angefüllt, daß die dänischen Grönlandsfahrer dort festfrieren, und mehrere nach den Färöern abgehende Schiffe lieber zurückgekehrt sind.

**Schlesischer Nouvelles-Courier.**

**Schlesische Communal-Angelegenheiten.**

Breslau, 25. April. (Aufstellung eines neuen Finanzplans.) Der letzten Sitzung der Stadtverordneten übersandte der Magistrat die Erklärung: daß in Folge der Beschädigungen durch Wasser der Rämmerz-Haupt-Stat pro 1845 eine große Abänderung erleiden werde, daß jedenfalls, wenn auch mit Rücksicht auf die vorhandenen bedeutenden Reserve-Bestände mit Einschluß der aus dem letzten Verwaltungsjahre, auch in keiner Weise eine Verlegenheit zu besorgen stehe, doch die Aufstellung eines andern Finanzplanes für das laufende Jahr nothwendig erscheine, der auch baldigt der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Zugleich wurde in dieser Erklärung bemerkt gemacht, daß auch in Erwägung gezogen werden solle, welche von den etatirten Bauten ohne Nachtheil in diesem Jahre ausgeführt werden könnten.

(Bepflanzung des Platzes an der Königsbrücke.) Der Magistrat macht in Folge eines Beschlusses der Stadtverordneten, betreffend die Regulirung des Platzes an der Königsbrücke, den Antrag, daß der Platz nicht gepflastert, sondern mit Rasenanlagen, welche mit Eisengittern zu umschließen seien und mit Kieswegen versehen werden möchten, zu welchem Zwecke die Commune nur 190 Rthl. zu gewähren habe, da die Hausbesitzer an diesem Plage zur Verschönerung desselben 250 Rthl. aus eignen Mitteln zu geben, sich freiwillig erböten und auch schon die Summe eingezahlt hätten. Die Versammlung bewilligte die Summe, jedoch unter Vorbehalt einer vielleicht in späteren Jahren vorzunehmenden anderweitigen Benutzung dieses Platzes, ohne daß den Beitraggebern ein Recht einer Reclamation oder Entschädigung zugestanden wird.

(Wahlen.) Als Mitglied der Armen-Direction wurde gewählt Herr Stadtverordneter Heinrich, als Mitglied der Forst- und Deconomie-Deputation Herr Stadtverordneter Betsch.

(Herabsetzung des Waagegeldes beim Wiegen der Wolle.) Der Magistrat macht auf Antrag der Finanz-Deputation den Vorschlag: den Betrag für die Wiegung der Wolle pro Centner für noch nicht gewogene Wolle auf 5 Sgr., für die an andern Orten bereits gewogene Wolle pro

Centner auf 2 1/2 Sgr. herabzusetzen. Die Versammlung gab hierzu ihre Genehmigung.

(Antrag.) Der Protokollführer-Stellvertreter stellte bei der Versammlung den Antrag, daß künftig in den Sommer-Monaten die Sessionen um 8 Uhr beginnen möchten, weil, abgesehen von einer großen Versammlung die Mittagshize sehr lästig sei, es gewiß im Wunsche der Mitglieder liege, noch eine Mittagsstunde, besonders die von 11—12 Uhr für Privatgeschäfte zu gewinnen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Antrage einverstanden, und somit wird schon die nächste Sitzung Punkt 8 Uhr beginnen, worauf wir diejenigen aufmerksam machen, welche veranlaßt sind, kurz vor Beginn der Sitzung noch schriftliche Eingaben einzureichen.

(Neue Wahlen der Communal-Vertreter.) Der Magistrat zeigt der Versammlung an, daß bei dem diesjährigen Ausscheiden der Stadtverordneten, welche während drei Jahre amtirt haben, in 24 Bezirken am 17ten Juni die neue Wahl der Stadtverordneten und Stellvertreter eintrete und die Stammrollen jetzt angefertigt würden.

**Tagesgeschichte.**

Breslau, 25. April. — Der heutige Wasserstand der Ober ist am hiesigen Ober-Pegel 17 Fuß 9 Zoll und am Unter-Pegel 6 Fuß 8 Zoll, mithin ist das Wasser seit gestern am ersteren um 5 Zoll und am letzteren um 10 Zoll wieder gefallen.

Breslau, 24. April. — Schon seit einigen Tagen geht das Gerücht in unserer Stadt umher, daß das evangelische Consistorium damit umgehe, den Herren Hofferichter, Vogther und Ruprecht die Zeugnisse über die bestandenen theologischen Examina pro venia concionandi und pro ministerio abzufordern. Wir können nicht glauben, daß dieses ziemlich allgemein verbreitete Gerücht ein gegründetes sei, und sind der Meinung, daß eine Widerlegung desselben schon aus innern Gründen möglich sei. Wenn die römisch-katholische Kirche bei der ausgesprochenen Degradation Königs's die Literas über seine empfangenen Weihen zurückerlangte, so ist dies eine besondere Sache. Ob-

wohl der Character eines römischen Priesters ein unverzichtbarer, mithin auch nach der Lehre Roms selbst von der sonst allmächtigen Kirche nicht mehr zu entziehender ist, so hat dieselbe Kirche doch gegen Priester, welche ihren Sagen nicht mehr gehorchen mögen, den Ausweg der Degradation gefunden, womit sie die einmal empfangene Priesterweihe zwar nicht unempfangbar macht, ihr aber allen Einfluß nach außen, das heißt auf die Laien entzieht. Wie weit sich diese Vernichtung der Wirksamkeit der römischen Priesterweihe erstreckt, darüber sind nicht alle römischen Kirchentelehrer einig. Ganz anders ist es aber in der evangelischen Kirche; hier sind keine besondere Weihen, sondern Staatsprüfungen, welche den Geistlichen zur Uebernahme der Seelsorge befähigen, in welche der Geistliche durch den feierlichen Act der Ordination und Introduction mit Bezug auf eine oder mehrere gewisse Gemeinden eingeführt wird. Hört sein Amt auf, so hört auch alles und jedes seelsorgerische Wirken auf, weshalb nur der angestellte Geistliche und eigentlich auch nur während seiner Amtshandlungen eine ähnliche Würde wie die eines römischen Priesters in Anspruch nehmen kann. Der nicht amtierende Geistliche ist ein Privatmann, wie jeder andere Bürger. Das Zeugniß pro venia concionandi verleiht keine Würde, sondern bezeugt nur, daß der Inhaber in einem Staatsexamen für fähig befunden worden sei, nach erworbenem theologischer Bildung zu predigen, so wie das Zeugniß pro ministerio ebenfalls auf Grund einer wissenschaftlichen Prüfung, nach vorangegangenen Uebungen des Candidaten im Predigen und Lehren, ihm die Befähigung und Berechtigung zuspricht, ein geistliches Amt zu übernehmen. In keinem der beiden Examina wird dem Candidaten etwas anders zu lehren zugemuthet, als was er mit der heiligen Schrift und mit seinem Gewissen vereinbaren kann, denn die heilige Schrift ist die einzige norma fidei eines evangelischen Theologen. Auf diese heilige Schrift und auf dieses sein Gewissen wird der angehende Geistliche bei der Ordination vereidigt; und wenn es auch vor einiger Zeit öffentlich ausgesprochen wurde, daß die evangelischen Geistlichen auch auf die symbolischen Schriften der alten lutherischen Kirche ordinirt würden, so kann dies nur so verstanden werden und





